3/2010: Niederschrift

5. Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Rheinische Entsorgungs-Kooperation (REK) am 10. Dezember 2010

in 53721 Siegburg, Kaiser-Wilhelm-Platz 1
im Sitzungsraum Sieg der Kreisverwaltung
Sitzungsdauer: 14:05 bis 14:50 Uhr
- öffentlicher Teil -

Von den Mitgliedern der Verbandsversammlung sind anwesend:

Bundesstadt Bonn:

1. Jürgen Nimptsch	Verbandsvorsteher (per Neuwahl gem. TOP 2) / Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn
Rüdiger Wagner	1. Stellvertreter des Verbandsvorstehers (per Neuwahl gem. TOP 2) / Umweltdezernent der Bundesstadt Bonn
2. Wolfgang Maiwaldt	
3. Reinhard Limbach	
4. Johannes Klemmer	
5. Wolfgang Hürter	Stellvertreter des Vorsitzenden der Verbandsversammlung
6. Bodo Buhse	
7. Dr. Beate Bänsch-Baltruschat	
8. Hannelore Tölke	
9. Brigitta Poppe	

Rhein-Sieg-Kreis:

1. Christoph Schwarz	Umweltdezernent des Rhein-Sieg-Kreises / 1. Stellvertreter der Kreisdirektorin
2. Dieter Müller	Vorsitzender der Verbandsversammlung
3. Emil Eyermann	
4. Sebastian Schuster	
5. Alfons Weißenfels	
6. Gerhard Diekmann	

Von den Mitgliedern der Verbandsversammlung sind anwesend:

Rhein-Sieg-Kreis:

7. Jürgen Schulz
8. Alexander Hildebrandt
9. Uwe Groeneveld
10. Claudia Owczarczak

Weitere Teilnehmer:

Frithjof Kühn	Verbandsvorsteher bis zur Neuwahl (TOP 2) / Landrat des Rhein-Sieg-Kreises
Svenja Udelhoven	Rhein-Sieg-Kreis
Hans Jürgen Weber	Geschäftsführer des Zweckverbandes REK / Bundesstadt Bonn
Manfred Becker	MVA Bonn GmbH
Bernd Nottbeck	Stadtwerke Bonn
Ludgera Decking	RSAG
Michael Dahm	RSAG
Dirk Riedel	RSAG
Ute Kersten	RSAG
Joachim Schölzel	RSAG
Renate Bußar	Protokollführerin des Zweckverbandes REK; RSAG

Behandelte Tagesordnungspunkte		Beschl.-Nr. / Ergebnis
A.	**Öffentlicher Teil**	
1.	Formale Eröffnung durch den Vorsitzenden der Verbandsversammlung a) Eröffnung der Sitzung b) Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung c) Feststellung der Beschlussfähigkeit d) Genehmigung der Niederschrift der Sitzung 02/2010	keine Einwände
2.	Neuwahl des Verbandsvorstehers und seines Stellvertreters	44 / einstimmig
3.	Beschluss der Haushaltssatzung 2011	45 / einstimmig
4.	Redaktionelle Klarstellung in der Geschäftsordnung der Verbandsversammlung	46 / einstimmig
5.	<u>Mitteilungen und Anfragen:</u>	
5.1	Quartalsbericht 2010	Kenntnisnahme
5.2	Änderung der 1. Nachtragssatzung der Haushaltssatzung 2010	Kenntnisnahme
5.3	Bericht über die Landesfachtagung NRW des VKS im VKU am 2. und 3. September in Bonn	Kenntnisnahme
5.4	Bericht über den Stand der Beschwerde vor der EU-Kommission in Sachen ‚LAP NRW'	Kenntnisnahme
5.5	Regionalbeirat; Wechsel des Vertreters von Euskirchen	Kenntnisnahme
5.6	Bericht über die Sitzung des Regionalbeirates am 03.11.2010	Kenntnisnahme
5.7	Besichtigung der Bonner Papiersortieranlage und der Papierfabriken in Hürth und Düren am 31.08.2010	Kenntnisnahme

Behandelte Tagesordnungspunkte		Beschl.-Nr. / Ergebnis
5.8	Aktuelles	
B.	**Nichtöffentlicher Teil**	
6.	Beauftragung des Wirtschaftsprüfers zur Prüfung des Jahresabschlusses 2010	47 / einstimmig
7.	Anpassung des Dienstleistungsüberlassungs-vertrages zwischen der Bundesstadt Bonn und dem Zweckverband Rheinische Entsorgungs-Kooperation - REK - vom 10.12.2008	TOP 7 wird zurück-gezogen!
8. 8.1	<u>Mitteilungen und Anfragen</u> Zurücknahme TOP 7: ‚Anpassung des Dienstleis-tungsüberlassungsvertrages zwischen der Bun-desstadt Bonn und dem Zweckverband Rheinische Entsorgungs-Kooperation - REK - vom 10.12.2008’	 Kenntnisnahme

A. Öffentlicher Teil

1. Formale Eröffnung durch den Vorsitzenden der Verbandsversammlung

a + b) Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung

Der Vorsitzende der Verbandsversammlung Dieter Müller begrüßt die Anwesenden und stellt die frist- und formgerecht erfolgte Einladung fest.

Der Verbandsvorsteher Frithjof Kühn äußert den Wunsch, die schriftliche Vorlage zu TOP 7 zurückzuziehen und kündigt an, dieses Vorgehen im nichtöffentlichen Teil zu erläutern.

Die vorgelegte Tagesordnung wird mit dieser Änderung genehmigt.

c) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit der Verbandsversammlung wird vom Vorsitzenden der Verbandsversammlung festgestellt.

d) Genehmigung der Niederschrift der Sitzung 2/2010

Gegen die Niederschrift über die Sitzung der Verbandsversammlung 2/2010 werden keine Einwände erhoben.

2. Neuwahl des Verbandsvorstehers und seines Stellvertreters

Herr Müller verweist auf die schriftliche Vorlage, die den Sachverhalt ausführlich erläutert.

Es werden keine weiteren Nachfragen gestellt.

1. **Die Verbandsversammlung wählt mit sofortiger Wirkung Herrn Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch zum Verbandsvorsteher des Zweckverbandes „Rheinische Entsorgungs-Kooperation“.**

2. **Auf Vorschlag des Verbandsmitglieds Bonn wählt die Verbandsversammlung mit sofortiger Wirkung Herrn Beigeordneten Rüdiger Wagner zum stellvertretenden Verbandsvorsteher.**

Abstimmung:	**Rhein-Sieg-Kreis:**	**einstimmig**
	Bundesstadt Bonn:	**einstimmig**
Abstimmungsergebnis: einstimmig / Beschl.-Nr. 44		

Herr Müller stellt die Einstimmigkeit der Wahl fest und gratuliert dem neuen Verbandsvorsteher Herrn Jürgen Nimptsch und seinem Stellvertreter Herrn Rüdiger Wagner zu diesem Wahlergebnis.

Er bedankt sich bei dem scheidenden Verbandsvorsteher Herrn Frithjof Kühn für die von ihm geleistete Aufbauarbeit. Herr Kühn habe mit dazu beigetragen, dass das Klima in der Verbandsversammlung sehr gut sei; gemeinsam wolle man daran arbeiten, dass es so bleibe.

3. Beschluss der Haushaltssatzung 2011

S. 21/22; Punkt 2.3 Kostenerstattungen und Kostenumlagen; Umsätze der Papiersortierung:

Herr Diekmann erkundigt sich nach der Belastbarkeit der in Ansatz gebrachten Preise.

Herr Riedel teilt mit, dass die Haushaltssatzung relativ zeitnah im Oktober erstellt worden sei; man habe den Berechnungen die zu diesem Zeitpunkt gültigen Papierpreise und Preisprognosen für das kommende Jahr zugrunde gelegt.

Herr Maiwald thematisiert die gestiegenen Umlagekosten.

Herr Riedel erläutert die wesentliche Veränderung der Haushaltssatzung 2011 im Vergleich zu 2010. Sie beschränke sich im Wesentlichen darauf, dass die Durchführung der Papiersortierung 2010 quasi nur ein halbes Jahr über den Zweckverband abgewickelt werde. 2011 erhöhe sich somit die zu verarbeitende Papiermenge und entsprechend anteilsmäßig auch die Umlage. Saldiert fließe der erzielte Erlös aus der Altpapierverwertung in die Umlage ein, dieser sei jedoch den Schwankungen des Marktes unterworfen. Bei der Ermittlung der betrieblichen Kosten des Zweckverbandes sei der Papierpreis jedoch der einzig variable Faktor.

Seite 25, Nebenrechnung zur Haushaltssatzung; Verwaltungskosten

Herr Limbach bittet um Erläuterung der in Ansatz gebrachten Beratungskosten.

Herr Weber teilt mit, dass man entschieden habe, die in den Haushaltssatzungen der Vorjahre in Ansatz gebrachten Beträge unverändert zu belassen, obwohl die Jahresergebnisse teilweise deutlich darunter liegen. Die Rechtsberatung des Zweckverbandes erfolge nach wie vor durch Herrn Dr. Gruneberg. Dieser habe den Verband bereits in seiner Gründungsphase beraten. Zu Fragen hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit von Aktivitäten ziehe man die Firma Econum hinzu; die Verbandsversammlung habe seinerzeit dem Abschluss eines fünfjährigen Rahmenvertrages zugestimmt. Mit den in der Haushaltssatzung 2011 ausgewiesenen Beraterkosten wird sichergestellt, dass der Zweckverband unterjährig über ausreichende Haushaltsmittel für weitere Beratungsleistungen verfüge, wenn dies z.B. für den Beitritt weiterer Mitglieder erforderlich würde. Dieses Vorgehen bringe aber durch die am Jahresende durchgeführte Spitzabrechnung für die Mitgliedskommunen keine Nachteile mit sich. Über die Umlage werden nur tatsächlich verausgabte Mittel für Beraterleistungen abgerechnet.

In diesem Zusammenhang wird die von Herrn Limbach aufgeworfene Frage über die Zukunft des ‚Wertstoffes Müll' erörtert.

Herr Kühn thematisiert die derzeit alle Kommunen bewegende Frage nach möglichen Auswirkungen der bevorstehenden Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, und betont die Notwendigkeit einer immer stärkeren stoffbezogenen und damit auch wertmäßigen Betrachtungsweise der öffentlichen Abfallentsorgung im Interesse der Gebührenzahler. Frau Decking unterstützt diese Sichtweise und weist darauf hin, dass die Wertstoffe im Müll adäquat zu den Rohstoffpreisen am Markt steigen werden; dies gelte insbesondere für Kunststoffe und Elektrogeräte. Hier sehe sie für die Kommunen eine Chance, in eigener Verantwortung Elektrogeräte so zu sammeln, dass die in den Geräten enthaltenen seltenen Metalle wieder einem Recycling zugeführt werden. Eine Entwicklung bis hin zu echten Termingeschäften, sprich Spekulationen mit dem Wertstoff Müll (z.B. im Altpapierbereich) wäre jedoch nicht zu erwarten.

Herr Hürther unterstreicht die von Herrn Kühn angesprochene Notwendigkeit einer ökonomischen Betrachtungsweise und hebt die Stärke eines kommunalen Verbundes hervor, der es ermögliche, in diesem Wettstreit um den ‚Wertstoff Müll' besser gegenhalten zu können. Ein Zugriff der Kommunen ermögliche zudem ein ‚ökologisches' Umgehen mit den Materialien; er bezweifle die durchgängige Einhaltung der diesbezüglichen Gesetzesvorgaben in der Privatwirtschaft.

Abschließend lobt Herr Müller die gute Vorbereitung dieses Tagesordnungspunktes und den hohen Informationsgehalt der Vorlage.

Die Verbandsversammlung beschließt die der schriftlichen Vorlage als Anhang beigefügte Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011.

Abstimmung:	**Bundesstadt Bonn:**	**einstimmig**
	Rhein-Sieg-Kreis:	**einstimmig**

Abstimmungsergebnis: einstimmig / Beschl.-Nr. 45

4. Redaktionelle Klarstellung in der Geschäftsordnung der Verbandsversammlung

In § 11 Abs. 3 der Geschäftsordnung der Verbandsversammlung werden die Worte „Mitgliedern“ sowie „im Sinne des § 7 Abs. 1 der Zweckverbandssatzung“ gestrichen. Anstelle des Wortes „Mitgliedern“ treten die Worte „Vertreter/in“.

Abstimmung: Rhein-Sieg-Kreis: einstimmig
Bundesstadt Bonn: einstimmig

Abstimmungsergebnis: einstimmig / Beschl.-Nr. 46

5. Mitteilungen und Anfragen

5.1 Quartalsbericht 2010

Die Verbandsversammlung nimmt den Quartalsbericht über die Entwicklung des 3. Quartals des Jahres 2010 zur Kenntnis.

5.2 Änderung der 1. Nachtragssatzung der Haushaltssatzung 2010

Herr Weber weist darauf hin, dass die 1. Nachtragssatzung im Vorfeld mit der Bezirksregierung abgestimmt gewesen sei; trotzdem habe die Bezirksregierung dann bei der formalen Prüfung später noch redaktionelle Fehler festgestellt und auf einer formalen Änderung bestanden.

Die Verbandsversammlung nimmt die schriftlich vorgelegte endgültige Fassung des von der Verbandsversammlung am 10.05.2010 beschlossenen ersten Nachtrags zur Haushaltsatzung 2010 zur Kenntnis.

5.3 Bericht über die Landesfachtagung NRW des VKS im VKU am 2. und 3. September in Bonn

Frau Decking informiert, dass in diesem Jahr die Landesfachtagung NRW auf Einladung des REK erstmalig in Bonn stattgefunden habe. Diese Veranstaltung habe u. a. dazu beigetragen, den REK in der Abfallbranche bundesweit bekannt zu machen.

5.4 Bericht über den Stand der Beschwerde vor der EU-Kommission in Sachen ‚LAP NRW'

Herr Weber weist auf den Beschluss in der Verbandsversammlung hin, nachdem sich der REK einer Beschwerde vor der EU-Kommission anschließen sollte. Diese Beschwerde sei auch formuliert worden. Die zwischenzeitlich durchgeführte Landtagswahl habe jedoch zu Änderungen in der Landesregierung geführt. Der neue Umweltminister habe gravierende Änderungen des Landesabfallplanes zugesichert, so dass sich der Kreis der Beschwerdeführer darauf verständigt habe, die Beschwerde nicht abzusenden. Man habe dies der Landesregierung mit dem für notwendig erachteten Änderungsbedarf mitgeteilt und darum gebeten, diese Punkte bei der Aufstellung des neuen LAP zu berücksichtigen. Dieses Vorgehen habe die Landesregierung als hilfreich angesehen. Sollten die dargestellten Belange im neuen LAP jedoch keine Berücksichtigung finden, bestehe nach wie vor die Möglichkeit, den Klageweg zu beschreiten.

Frau Bänsch-Baltruschat teilt ergänzend mit, dass kürzlich ein Treffen grüner Umweltpolitiker aus Kommunen von NRW mit dem neuen Umweltminister stattgefunden habe. Das Landesumweltministerium habe nach wie vor das Ziel, einen neuen Landesabfallwirtschaftsplan aufzustellen. Dies sei jedoch nicht unverzüglich möglich, sondern bedürfe wohl einer Übergangszeit von 1 ½ Jahren, in der der Landesabfallwirtschaftsplan der alten Regierung gelte. Man sei jedoch bestrebt, dass einige Nachteile, die sich hierdurch für die Kommunen ergeben, nicht zum Tragen kommen. Es sei geplant, in dieser Übergangszeit Regelungen per Erlass zu treffen, bis der neue LAP in Kraft tritt. Man habe von Bonner Seite darauf hingewiesen, dass dieser lange Zeitraum ohne Rechtssicherheit für den Zweckverband von Nachteil sei. Die Landesarbeitsgemeinschaft Abfall von ‚Bündnis 90 – Die Grünen' habe daraufhin eine Resolution verfasst und den Minister um Berücksichtigung gebeten.

Herr Kühn rät dazu, als Zweckverband bei der jetzigen Landesregierung sicherheitshalber auf einen entsprechenden Erlass zu drängen.

Frau Poppe regt an, hierbei fach- und sachkundigen Rat einzuholen.

Frau Bänsch-Baltruschat berichtet, dass man sich soeben auf Parteiebene um diesen Erlass bemühe. Es sei sicher von Vorteil, dass der Zweckverband als eigenes Organ noch einmal beim Landesumweltminister nachfrage und auf den besonderen Fall hinweise.

Herr Weber sichert zu, dass er dem Wunsch der Verbandsversammlung Rechnung tragen, und eine entsprechende Anfrage an den Landesumweltminister richten werde. Hierin kann dann auch auf die besondere Situation beim REK hingewiesen werden.

Herr Müller bedankt sich für diese Zusage bei dem Geschäftsführer des Zweckverbandes.

Abschließend informiert Herr Weber die Verbandssammlung darüber, dass es im Hinblick auf die derzeitige Situation zurzeit wenig sinnvoll wäre, die Aufstellung eines Abfallwirtschaftskonzeptes für das Gebiet des Zweckverbandes voranzutreiben. Deshalb soll die Aufstellung zumindest solange zurückgestellt werden, bis der angekündigte Erlass in wesentlichen Punkten Klarheit bringt.

5.5 Regionalbeirat; Wechsel des Vertreters von Euskirchen

Die Verbandsversammlung nimmt zur Kenntnis, dass die Kreisverwaltung Euskirchen zukünftig durch den neu bestellten Leiter für den Bereich Abfallwirtschaft, Herrn Achim Blindert, vertreten wird.

5.6 Bericht über die Sitzung des Regionalbeirates am 03.11.2010

Herr Weber informiert die Verbandsversammlung, dass der Regionalbeirat zukünftig turnusmäßig zwei- bis dreimal jährlich zusammentreten werde, um sich über aktuelle Themen auszutauschen. In der letzten Sitzung habe man u. a. über die Arbeit und Entwicklung des Verbandes informiert. Frau Decking habe die Bestrebungen beim Rhein-Sieg-Kreis zum Thema Wertstofftonne dargelegt, was zu einer durchaus angeregten Diskussion geführt habe. Der Vertreter des Kreises Neuwied habe über das Gutachten zum Thema Biomasse, bezogen auf die Rheinland-Pfalz-Kommunen berichtet. An diesem Projekt sei auch der Rhein-Sieg-Kreis und die Stadt Bonn beteiligt. Man werde die Verbandsversammlung detailliert informieren, sobald konkrete Maßnahmen geplant seien. Der Regionalbeirat habe sich zwischenzeitlich zu einer Runde entwickelt, die für alle Teilnehmer sehr informativ sei. Die weitere Entwicklung sei abzuwarten; man bleibe jedoch um den Erhalt und einen möglichen Ausbau dieses Gremiums nach wie vor bemüht.

5.7 Besichtigung der Bonner Papiersortieranlage und der Papierfabriken in Hürth und Düren am 31.08.2010

Frau Decking berichtet über die Besichtigung der Bonner Papiersortieranlage und der Papierfabriken in Hürth und Düren. Der RSAG-Aufsichtsrat habe die Einladung der Vertreter des Zweckverbandes zu dieser Besichtigungsfahrt angeregt. Es sei sehr informativ gewesen, sich den Weg der Papierverwertung einmal vor Ort anzuschauen. Bei Interesse sei sie gerne bereit, diese Besichtigungstour zu wiederholen.

Hinweis: Bitte informieren Sie kurzfristig eine der folgenden Mitarbeiterinnen der RSAG, wenn Sie an einer Teilnahme der Besichtigungsfahrt interessiert sind:
Birgit Lindlahr - Tel. 02241/306 114
Sabine Wesche - Tel. 02241/306 134
Renate Bußar – Tel. 02241 / 306 123

5.8 Aktuelles

Mitteilungen des Vorsitzenden:

Herr Müller weist auf folgende Formalien hin:

- Bestehende Möglichkeit zur Geltendmachung einer Wegstrecken-entschädigung
- Ausgabe kostenloser Ausfahrttickets bei Bedarf
- Ankündigung einer Pressekonferenz im Anschluss an die Verbandsversammlung um 15:00 Uhr im Raum Swist; Thema ‚Amtsübergabe der Verbandsvorsteher'

Mitteilungen des Geschäftsführers:

- Vertragsverletzungsverfahren der Stadt Bonn

Herr Weber informiert, dass die Stadt Bonn kurz vor einer Entscheidung im Rat stehe. Er sei zuversichtlich, dass hinsichtlich des noch zu klärenden Punktes bis zur Ratssitzung eine Lösung gefunden werde. Der Finanzausschuss habe dem Verwaltungsvorschlag bereits einstimmig zugestimmt. Er hoffe, dass mit der Beilegung dieses Rechtsstreits wieder Ruhe in die Entsorgung der Region eintreten werde. Folgende Erklärung sei ihm an dieser Stelle jedoch ganz wichtig: Vor etwa sechs Wochen sei man in den Verhandlungen mit der betreffenden Firma in eine Situation gekommen, in der diese zu scheitern drohten. Bonn sei es nicht möglich gewesen, den Forderungen des Verhandlungspartners zu entsprechen. Frau Decking, und hiermit der Rhein-Sieg-Kreis und die RSAG, haben sich in dieser Situation deutlich auf die Seite der Stadt Bonn gestellt. Gegenüber dem Verhandlungspartner wurde sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die Kooperation zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und der Stadt Bonn wichtiger sei, als jedes Projekt mit einem Dritten. Mit dieser Haltung habe Frau Decking der Stadt Bonn entscheidend dabei geholfen, die Verhandlungen wieder aufnehmen und zu einem positiven Ende bringen zu können. Auch das sei gelebte Kooperation, für die dem Rhein-Sieg-Kreis und der RSAG, hier insbesondere aber Frau Decking, ein herzliches Dankeschön auszusprechen ist.

Ende des öffentlichen Teils

gez. Dieter Müller
Vorsitzender der
Verbandsversammlung

gez. Renate Bußar
Protokollführerin